

Staatsministerium Baden-Württemberg
Herrn Ministerpräsidenten
Winfried Kretschmann
Richard-Wagner-Str. 15
70184 Stuttgart

Stuttgart, den 25.07.2013

Verwaltungsreform in Baden-Württemberg

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann,

die Südwestpresse berichtet von Überlegungen des Staatsministeriums, die Landesverwaltung grundlegend umzubauen. Die Zuständigkeiten für die Gewässerunterhaltung und den Naturschutz sollen – so ein Vorschlag des Landkreistags – von den Regierungspräsidien auf die Landratsamtsebene übertragen werden. Die Landesbeamtinnen und -beamten des höheren Dienstes bei den Landratsämtern sollen „kommunalisiert“ werden.

Die Umweltverbände BUND, LNV und NABU lehnen eine solche Kommunalisierung hoheitlicher Aufgaben entschieden ab und kündigen hiermit heftigen Widerstand an, sollte die Landesregierung diese Überlegung in die Tat umsetzen wollen. Der staatliche Naturschutz wurde durch die Teufelsche Verwaltungsreform bereits entschieden geschwächt und würde dann unter Ihnen, Herr Ministerpräsident Kretschmann, vollends handlungsunfähig werden!

Mit der Zerschlagung der Bezirksstellen für Naturschutz und Landschaftspflege (BNLs) unter Herrn Ministerpräsident a.D. Teufel war eine Stärkung der Landräte verbunden, die in der Regel den Naturschutzbelangen nur eine geringe Bedeutung zugemessen haben. Zum Glück konnten außerhalb der Stadtkreise die Regierungspräsidien im Bereich des Naturschutzes ein Gegengewicht und Motor zu den Unteren Naturschutzbehörden bilden. Sollten auch außerhalb der Stadtkreise die Landratsämter vollständig für den Naturschutz zuständig und der faktischen Willkür der Landräte ausgesetzt werden, wäre eine arbeitsfähige staatliche Naturschutzverwaltung nicht mehr vorhanden.

Den Negativeffekten stehen keine nennenswerten ökonomischen Positiveffekte gegenüber. Selbstverständlich übernehmen die Landkreise die Beamtinnen und Beamten im höheren Dienst nicht umsonst, sondern nur gegen erhöhte FAG-Zuweisungen und Abgeltung der Pensionslasten beim kommunalen Versorgungsverband.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, wir fordern Sie dazu auf, die Vorschläge des Landkreistags nicht weiter zu verfolgen!

Gerne würden wir Ihnen unseren Standpunkt in einem persönlichen Gespräch darlegen. Zur Terminvereinbarung und bei Fragen stehen wir Ihnen selbstverständlich zur Verfügung.

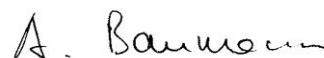
Mit freundlichen Grüßen



Dr. Brigitte Dahlbender
Vorsitzende des BUND BW



Reiner Ehret
Vorsitzender des LNV BW



Dr. Andre Baumann
Vorsitzender des NABU BW